

Postulat

von Dominik Schaub (SP)
und Heinz Jacobi (SP)

Der Stadtrat wird gebeten, über die Ausgliederung der Gasversorgung kontinuierlich Bericht zu erstatten.

GR Nr. 98/55

Begründung

Am 23. November 1997 haben die Stimmberechtigten der Ausgliederung der Gasversorgung (GVZ) aus der Stadtverwaltung zugestimmt. Die mit der Ausgliederung betrauten Stellen betreten damit Neuland.

Im Rahmen der gemeinderätlichen Beratung über die Ausgliederung und im Abstimmungskampf wurden von allen Beteiligten Vermutungen über die finanziellen Auswirkungen für die Stadt, die Folgen für das GVZ-Personal und das lokale Gewerbe sowie die angestrebte Beteiligung von Gemeinden oder Gasversorgungsunternehmen angestellt. Eine Überprüfung dieser Vermutungen könnte nun im Rahmen eines sogenannten „Monitorings“ vorgenommen werden. Das angestrebte Monitoring des Ausgliederungsprozesses ist deshalb erwünscht und auch Voraussetzung für eine transparente Umsetzung des Volksentscheides vom 23. November 1997.

Da möglicherweise weitere Ausgliederungen in näherer Zukunft vom Stadtrat vorgeschlagen werden, ist eine baldige Information über die ersten Umsetzungsschritte und danach eine regelmässige Orientierung des Gemeinderates sinnvoll.

Antrag auf dringliche Behandlung

